

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

20.06.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>LNG: Regas und Ministerium stellen sich Bürger-Fragen</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 20.06.2023</i> .....	3
2   <b>Freest soll Fischereihafen bleiben</b> <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 20.06.2023</i> .....	4
3   <b>Würgassen-Plan in der Kritik: Bundesrechnungshof vermisst Prüfung auf Wirtschaftlichkeit</b> <i>HNA online, 19.06.2023</i> .....	6
4   <b>Studie: Lage bei Atommüll ist „hochproblematisch“</b> <i>Schaumburger Nachrichten, 20.06.2023</i> .....	7

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 20.06.2023 | S. 9

📄 Auflage: 8.653 | Reichweite: 20.202

👤 Anne Ziebarth

## ENERGIE

# LNG: Regas und Ministerium stellen sich Bürger-Fragen

## Am Dienstagnachmittag findet in Binz eine Informationsveranstaltung zum geplanten Gas-Terminal im Mukraner Hafen statt

Das Vorhaben der Bundesregierung, im Hafen Mukran ein LNG-Terminal zu errichten, stößt auf der Insel Rügen auf wenig Gegenliebe. Mit mehreren Infoveranstaltungen wollen nun Bund und Land sowie die neuen Vorhabenträger Gascade und Regas für mehr Transparenz im Planungsprozess sorgen und das Projekt vorstellen.

Am Dienstag um 17 Uhr (Einlass 16.45 Uhr) kommt das Veranstaltungsformat in den Binzer Kurhaus-Saal. „Analog zur Veranstaltung in Baabe möchten wir gemeinsam mit Vertretern von Gascade die Gelegenheit nutzen, interessierten Bürgern den derzeitigen Stand der Planungen vorzustellen, die zum Teil kursierenden Fehlinformationen richtigzustellen und die vorhandenen Fragen zu beantworten“, heißt es in der Information der Deutschen Regas.“

Bei der Veranstaltung in Baabe war es zu emotionalen Einwüfen aus dem Publikum und hitzigen Vorwürfen gekommen. Die Teilnehmer, insbesondere die Mit-

glieder von zahlreichen Bürgerinitiativen, waren vor allem auf die Themen „Fracking-Gas“, „Umweltschutz“ und „Gasbedarf in Deutschland“ schlecht zu sprechen. Auch das Thema „Lärm“ spielte eine große Rolle. Anwohner - vor allem aus Binz - berichten über eine häufige Lärmbelästigung durch die LNG-Tanker vor der Küste. Das Unternehmen Regas sprach von Einzelfällen.

Am Dienstag dürften auch noch andere Antworten interessant werden. Zu Gast sind nicht nur Stephan Knabe (Aufsichtsratsvorsitzender Regas) und Thilo Thunhorst (Trasseningenieur Gascade) sowie Staatssekretär Heiko Miraß (SPD), sondern auch Philipp Steinberg, Abteilungsleiter Wirtschaftsstabilisierung und Energiesicherheit beim Bundeswirtschaftsministerium.

*Die Veranstaltung wird bis etwa 19 Uhr gehen, es wird darauf hingewiesen, dass in unmittelbarer Nähe des Kurhauses keine Parkplätze zur Verfügung stehen.*

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 20.06.2023 | S. 10

📄 Auflage: 9.467 | Reichweite: 31.339

👤 Oberdörfer Eckhard

## INTERVIEW MIT HOLGER DINSE

# Freest soll Fischereihafen bleiben

## Holger Dinse, Bürgermeister der Gemeinde Kröslin, will alles dafür tun

Holger Dinse (61) ist seit 1994 Mitglied der Krösliner Gemeindevertretung. 2014 wurde er Bürgermeister. Im Interview spricht Dinse über die Zukunft und Wünsche für die Gemeinde, in der 1900 Menschen leben.

**In der Gemeinde gibt es Werften in Kröslin und Freest, eine 5-Sterne-Marina in Kröslin, Fischverarbeitungsbetriebe in Freest und Spandowerhagen, eine große Fischereigenossenschaft in Freest, Pflegedienst und altersgerechtes Wohnen, Handwerksbetriebe, Gaststätten und anderes mehr. Ist die Gemeinde wirtschaftlich erfolgreich?**

Grundsätzlich kann man sagen, dass nach der Wende viel investiert und Arbeitsplätze geschaffen wurden. Die Geschäfte laufen den Umständen entsprechend gut. Natürlich hoffen wir immer noch auf weitere Handwerks- und Gewerbebetriebe. Wenn die Marina ihre Endausbaustufe erreicht hat, erwarten wir höhere Gewerbesteuererinnahmen.

**Kröslin ist mit Lubmin und Rubenow Träger des Zweckverbandes „Technologie- und Energiestandort Freesendorf“ und hat damit im Grundsatz Anteil am Gewerbe- und Industriegebiet Lubminer Heide. Es ist eines der bedeutendsten Industriegebiete des Landes.**

Als der Zweckverband gegründet wurde, sollten die drei Gemeinden je ein Drittel der Gewerbesteuern bekommen. Aber die Industriebetriebe haben ihren Sitz in der Gemeinde Lubmin, die dadurch natürlich die Gewerbesteuererinnahmen allein bekommt. Wir müssen einen Weg finden, damit alle Gemeinden gleichermaßen an den Einnahmen beteiligt werden.

**Spandowerhagen sorgte in den letzten Monaten für Schlagzeilen, Einwohner beschwerten sich über den Lärm des in der Nähe liegenden LNG-Schiffs, auf dem Flüssiggas wieder in den gas-**

**förmigen Zustand umgewandelt wird. Jetzt ist es still geworden. Probleme gelöst?**

Es gibt jede Woche eine Runde mit Umweltminister Till Backhaus, dem Staatlichen Amt für Umwelt und Landwirtschaft, dem Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie, dem Betreiber und der Gemeinde. Es wurden Messungen durch den TÜV geführt, um die Ursachen zu finden. Die Deutsche Regas als Betreiber hat investiert und einiges unternommen, um die Probleme zu verringern. Natürlich hat jeder Mensch ein unterschiedliches Lärmempfinden, auch die Windrichtung spielt eine Rolle. Es ist eine deutliche Besserung eingetreten. Wir sind auf einem guten Weg.

**Ein Sorgenkind ist sicher Freest. Der Fischerei geht es schlecht.**

Ja, das ist richtig. Die niedrigen Fangquoten machen den Kuttern der Freester Genossenschaft sehr zu schaffen. Es gibt zum Glück noch junge engagierte Fischer, aber kaum Nachwuchs. Die Gemeinde will alle Möglichkeiten nutzen, damit Freest der größte Küstenfischereihafen der deutschen Ostseeküste bleibt. Davon profitieren auch die Verarbeitungsbetriebe in Freest und Spandowerhagen und der Tourismus.

**Könnten die Fischer nicht stärker auf einen Ausflugsverkehr mit ihren Schiffen setzen?**

Inhaber älterer, historischer Fahrzeuge machen das bereits. Aber das ist nur ein Zubrot in der Saison.

**Sind aktuell weitere Investitionen in die touristische Infrastruktur in Freest geplant?**

Wir haben mit der Laufsteganlage am Strand in Freest gerade eine große Investition gestemmt, die Gemeinde musste über 300.000 Euro Eigenanteil beisteuern. Es gibt einen schönen Spielplatz; Sportgeräte und anderes mehr.

**In Freest gibt es sogar ein Heimatmuseum. Kann sich das selbst tragen?**

Natürlich nicht, bei Heimatmuseen ist das wohl nicht möglich. Aber wir wollen uns das Haus weiter leisten, denn die Tradition der Freester Fischerteppiche war und ist der Gemeindevertretung sehr wichtig. Diese Handwerkskunst ist jetzt ja sogar immaterielles Kulturerbe.

**Die Infrastruktur in der Gemeinde sehr gut, es gibt einen Arzt, eine Kindertagesstätte, eine Grundschule, Gaststätten, sogar einen Bäcker. In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Gemeinde stetig gewachsen, junge Leute zog es hierher. Neue Wohngebiete entstanden. Gibt es noch Bauplätze?**

Ja, obwohl schon viele Grundstücke verkauft wurden.

Auch im Wohngebiet „Am Hafen“ in Freest steht das erste Haus, die zweite Bodenplatte ist gegossen worden.

**Gibt es ein bisher noch nicht erreichtes Ziel in der bis 2024 laufenden Legislaturperiode?**

Ja, wir wollten in allen fünf Orten die Straßen sanieren. Aber in Kröslin können wir erst beginnen, wenn das Land die L 262 saniert. Der Baubeginn der L 262 wurde für den Herbst angekündigt. Alle Straßen der Gemeinde können ohnehin nur saniert werden, wenn Fördermittel zur Verfügung stehen.

**Zitat-Text:**

**”Von der Fischerei profitieren örtliche Verarbeitungsbetriebe und der Tourismus.” - Holger Dinse, Bürgermeister**



HNA online | 19.06.2023

Gerd Henke

WEBLINK

## Würgassen-Plan in der Kritik: Bundesrechnungshof vermisst Prüfung auf Wirtschaftlichkeit

*Wie es mit dem geplanten Zwischenlager für mittel- und schwachradioaktive Abfälle in Würgassen weitergeht, wird im Dreiländereck Hessen/Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen mit Spannung erwartet.*

**Würgassen** – Denn noch in diesem Monat werde die Entsorgungskommission (ESK) beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung eine Stellungnahme gegenüber dem Bundesumweltministerium abgeben. Das sagte ESK-Vorsitzende Professor Barbara Reichert bei einem Vororttermin im April.

Während die Expertise der ESK noch auf sich warten lässt, liegt ein Bericht des Bundesrechnungshofes (BRH) an das Bundesumweltministerium zum geplanten Zwischenlager Würgassen jetzt auch sieben Bundestagsabgeordneten der Region vor.

„Der BRH hat in seinem Bericht deutliche Kritik am bisherigen Vorgehen des BMUV und der BGZ geübt“, heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher, Johannes Schraps (beide SPD), Armin Schwarz, Christian Haase (beide CDU) sowie Robin Wagener und Helge Limburg (beide Grüne).

In ihrer Mitteilung zitieren die Abgeordneten aus dem Bericht des BRH. Darin heißt es, dass „die bei der Standortentscheidung angewendeten Auswahlkriterien im Hinblick auf eine angemessene Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nicht ausreichend“ seien. Ein Nachweis der Wirtschaftlichkeit sei aber für ein Vorhaben dieser Größenordnung „unabdingbar und muss entsprechend der Vorgaben der Bundeshaushaltsordnung dokumentiert sein“.

„Außerdem bezweifelt der BRH die Belastbarkeit von Planungsphasen und Terminzielen an“, so die Abgeordneten. Sie begrüßen allerdings, dass die BGZ parallel zur Planung für das Zwischenlager auch eine „dezentrale Anlieferung“ direkt in das Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter prüfe. Ein Logistikgutachten der

Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen war vergangenes Jahr schon zu dem Schluss gekommen, dass die direkte Anlieferung der radioaktiven Abfälle in das Endlager einem Zwischenlager vorzuziehen sei.

Die Bundes- und Landtagsabgeordneten im Dreiländereck hatten sich bislang alle kritisch mit den Atom-müllplänen in Würgassen auseinandergesetzt. Darüber hinaus haben sich fünf Landkreise sowie alle betroffenen Kommunen im Dreiländereck einmütig gegen die Würgassen betreffenden Pläne ausgesprochen.

Die grundsätzliche Wirtschaftlichkeit des geplanten Logistikzentrums Konrad in Würgassen hat der Bundesrechnungshof nicht untersucht, das geht aus der Antwort des Bundesumweltministeriums auf die Anfrage unserer Zeitung hervor. Die BGZ habe bereits im Jahr 2020 eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchgeführt, erklärt Ministeriumssprecher Bastian Zimmermann. Dabei seien die gesamten Kosten eingestellt worden.

Entscheidend seien die Kosten für die Errichtung und die 30-jährige Betriebsdauer. Soweit sich der BRH zur Wirtschaftlichkeit äußere, beziehe er sich allein auf die Kriterien zur Auswahl des Standorts. „An die Errichtung einer Einrichtung zum Umgang mit radioaktiven Stoffen stellt das Gesetz und das kerntechnische Regelwerk hohe sicherheitstechnische Anforderungen“, so der Ministeriumssprecher.

„Die Sicherheit hat Vorrang vor rein wirtschaftlichen Erwägungen.“ Nur mit einer zentralen Einrichtung wie dem Zentrum in Würgassen wäre es möglich, eine optimierte Ablieferung nach Konrad zu schaffen, so der Sprecher.

📰 Schaumburger Nachrichten | 20.06.2023 | S. 1

📄 Auflage: 11.475 | Reichweite: 38.021

👤 Elisabeth Woldt

## Studie: Lage bei Atommüll ist „hochproblematisch“

### BUND-Untersuchung: Terrorschutz unzureichend, Genehmigungen laufen aus

**HANNOVER.** Wie sicher ist der hoch radioaktive Atommüll in Niedersachsen? Eine Studie im Auftrag der Umweltschutzorganisation BUND zeigt, dass die Situation in den insgesamt 16 deutschen Zwischenlagern teilweise hochproblematisch ist. Und vier dieser Zwischenlager liegen in Niedersachsen. „Deutschland geht erschreckend unvorsichtig und konzeptionslos mit seinem Atommüll um“, sagt der BUND-Vorsitzende Olaf Bandt.

Aus der Studie geht hervor, dass der Terrorschutz für die Lager unzureichend ist, Reparatur- und Inspektionmöglichkeiten fehlen und das Sicherheitskonzept dringend an die verlängerte Lagerdauer angepasst werden muss. Ein Grundproblem: Eigentlich wurden die Zwischenlager nur für 40 Jahre genehmigt, da für diesen Zeitraum die Sicherheit der Castorbehälter rechnerisch als nachgewiesen gilt. Doch schon jetzt ist klar, dass es vor 2051 kein Endlager für hoch radioaktive Abfälle geben wird und die Zwischenlager länger gebraucht werden.

„Die Zwischenlager werden schleichend zu Langzeitlagern und sind dafür gar nicht ausgelegt“, kritisiert Bandt. Die Zeit zum Handeln ist längst da: Für den Standort Gorleben etwa läuft die Genehmigung schon 2034 aus, bereits sechs Jahre vorher muss die zuständige Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) nachweisen, wie es mit den eingelagerten Brennelementen weitergehen kann.

Auch Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) appelliert: „Eine einfache Verlängerungsge-

nehmigung ohne erneute Sicherheitsprüfung darf es nicht geben.“ Neue Erkenntnisse etwa zu Terrorgefahren müssten unbedingt in die Genehmigungsverfahren einfließen.

Die Autorin der Studie, die Diplomphysikerin Oda Becker, plädiert für eine frühzeitige umfassende Überprüfung des gesamten Zwischenlagerkonzepts. Die Wissenschaftlerin beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Sicherheit von Atomanlagen und warnt davor, aus den Fehlern der Vergangenheit nicht zu lernen. „Niedersachsen hat einen traurigen Spitzenplatz, was gescheiterte Konzepte für Atommülllager betrifft“, sagt die BUND-Landesvorsitzende Susanne Gerstner und verweist auf die Geschichte von Gorleben und des Atommülllagers Asse, das weiter mit Wasser vollzulaufen droht.

Die BGZ und das Bundesumweltministerium weisen die Sicherheitsbedenken zurück. „Die Sicherheit der in Rede stehenden Zwischenlager wird kontinuierlich durch die zuständigen Aufsichtsbehörden der Länder überwacht“, erklärte ein Ministeriumssprecher. Die Aufsichtsbehörden hätten bisher nicht über Vorkommnisse berichtet, die das sicherheitstechnische Konzept der trockenen Zwischenlagerung infrage stellten.

Eine BGZ-Sprecherin erläutert: „Die dickwandigen Transport- und Lagerbehälter schirmen die Strahlung so weit ab, dass am Anlagenzaun die Grenzwerte in allen Zwischenlagern deutlich unterschritten werden.“